

Eric D. Weitz

I.

Bei der Gedenkfeier für Lenin, Liebknecht und Luxemburg, die 1950 in Berlin stattfand, proklamierte Wilhelm Pieck, daß „das Vermächtnis der geopfertem Leitfiguren des deutschen Kommunismus zum Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, gegen den im anglo-amerikanischen Solde wiedererstehenden preußisch-deutschen Militarismus [mahnt].“¹

Fast jedes Jahr im Januar wurden im ‚Neuen Deutschland‘ Hunderttausende abgebildet, die mit riesigen Plakaten von Luxemburg und Liebknecht nach Friedrichsfelde marschierten. Auf den Spruchbändern stand Luxemburgs berühmtes Zitat „Ich war – ich bin – ich werde sein.“ In den achtziger Jahren wurden „hohe Leistung“ und die Herstellung von Computerchips in der DDR als ein historisches Vermächtnis von Luxemburg und Liebknecht ausgegeben. Hermann Axen verkündete in einer nicht untypischen Form historischer Phantasie: „Unsere Deutsche Demokratische Republik verwirklicht das große Vermächtnis von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Unser sozialistischer Arbeiter-und-Bauern-Staat, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR – das ist das schönste und würdigste Denkmal für die edlen Vorkämpfer und Märtyrer des proletarischen Befreiungskampfes.“²

Die Berufung auf Luxemburg und Liebknecht war deutlich eine rechtfertigende Selbstlegitimation. Sie war der Versuch, die tiefe Verwurzelung der SED und ihres Staates in der Geschichte aufzuzeigen. Die gleiche Funktion hatten die Erklärung der SED, „die Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes“ zu sein, und der erste Band der *Geschichte der SED*, der mit den Anfängen der organisierten Arbeiterbewegung begann und sich vor allem mit der SPD als Vorläuferin der KPD und der SED auseinandersetzte.³

Und doch ist diese Legitimierung keineswegs nur das Produkt einer lebhaften Einbildungskraft. Die DDR ist nie lediglich eine sowjetische Schöpfung gewesen. In die vierzig Jahre des Bestehens der DDR brachte die SED-Führung eine zum Teil eigenständige kommunistische politische Kultur ein, die sich hauptsächlich in der historischen und sozialen Welt der Weimarer Republik, aber auch im Kaiserreich und im nationalsozialistischen Deutschland herausgebildet hatte. Diese Kultur war ihrerseits zum großen Teil durch die politischen Spielräume geprägt, innerhalb derer die KPD in der Weimarer Republik operierte. *In erheblichem Maße* lassen sich in der Politik des SED-Staates die versteinerten Überreste der kommunistischen Parteikultur ausmachen, wie sie sich in den heftig umstrittenen politischen Räumen der Weimarer Republik während der zwanziger und frühen dreißiger Jahre ausgebildet hatten. Diese politische Kultur wurde

dann durch die Zeit intensiver Erfahrungen von Unterdrückung und Exil während des Dritten Reiches konserviert und in neue Formen gegossen – was unter anderem bedeutete, daß der politische Raum im Untergrund und in der Sowjetunion umstrukturiert wurde.

In erheblichem Ausmaß – aber nicht vollständig. Natürlich wurde die DDR auch stark von sowjetischer Politik, von den Folgen des Kalten Krieges und durch die Konkurrenz mit der Bundesrepublik geprägt. Darüber hinaus wurde die Regierung, vor allem unter Honecker, durch die zunehmende Differenzierung der DDR-Gesellschaft gezwungen, sich anzupassen und zu erneuern. Aus den Traditionen der KPD folgten jedoch eine Reihe von Dispositionen, die unter den veränderten Nachkriegsbedingungen viele der intransigenten Eigenschaften des deutschen Kommunismus aus der Weimarer Republik und dem Dritten Reich wiedererstehen ließen. Diese machten die SED und den SED-Staat in besonderem Maße für Reformen unzugänglich. Diese Traditionen waren „erfunden“, aber sie waren nicht nur an den Haaren herbeigezogen.⁴ Sie beruhten auf der persönlichen Erfahrung und dem Verständnis der SED-Führung, die im sowjetischen Bund die intakteste und langfristige war. Sie beruhte auch auf der Erfahrung der mittleren Kader. Deren Engagement reichte bis zur KPD der Weimarer Republik zurück. Durch Erziehung, Kultur, Propaganda und Staatspolitik wurden diese „Traditionen“ den Parteiaktiven und den Bürgern der DDR vermittelt.

Zur selben Zeit motivierte der Übergang von einer Bewegungspartei zu einer Staatspartei die SED dazu, eine Reihe von überalterten Praktiken des deutschen Kommunismus aufzugeben. Zum Beispiel hatte ziviler Ungehorsam keinen Platz in einer sozialistischen Gesellschaft. Ebenso mußte die Idealisierung des widerstandsfähigen, männlichen Proletariats durch Vorbilder ergänzt werden, die diverse soziale Klassen einer modernen und komplexen Gesellschaft ansprechen würden. In dem Maße, wie die SED die Regierungsverantwortung und die Verpflichtung zum Wirtschaftswachstum hatte, förderte sie nun - deutschen Regierungen seit dem 18. Jahrhundert vergleichbar - Stabilität und pflegte und entwickelte den Diskurs und die Praxis von Ordnung und Disziplin. Die Ironie liegt dabei darin, daß eine Partei, die so sehr aus dem Bürgerprotest hervorgegangen war, nun das Volk kontrollieren und zur Passivität zwingen wollte.

II.

Lassen Sie mich also mit der Weimarer Republik beginnen. Ich werde einige typische Eigenschaften der KPD skizzieren, die auch für die Entwicklung der DDR charakteristisch waren. Die KPD entwickelte sich in der Weimarer Republik zu einer Massenpartei, die besonders mit einer kompromißlosen, männlichen politischen Kultur in Verbindung gebracht wurde. Kennzeichnend für diese Politik war eine Sprache anhaltender Feindseligkeit gegenüber den Institutionen der

bürgerlichen Gesellschaft. Charakteristisch war auch der militante und unveröhnliche Kampf zwischen den Kräften der Revolution und Reaktion. Nicht weniger typisch war der vehemente Klassenkampf und die proletarische Revolution durch starke Männer, was als ausschließliches Mittel des politischen Fortschritts verstanden wurde. Als wichtige Gründe für diese Entwicklung lassen sich nennen:

1. Die Funktion des politischen Raumes, in dem die Kommunisten operieren konnten, das heißt, ihre Vertreibung von den Arbeitsplätzen in die Straßen durch die Weimarer „Koalition der Ordnung“.
2. Die zeitspezifische Entwicklung der Partei zur Massenpartei, das heißt in einer revolutionären Zeit, die mit dem Ersten Weltkrieg assoziiert wird, nicht mit der Volksfront der dreißiger Jahre oder der Widerstandsbewegung und der nationalen Front der vierziger Jahre.
3. Das deutsche Parteiensystem, und hier besonders der Konflikt zwischen der verstaatlichten sozialistischen Partei und einer aggressiven, kommunistischen Massenpartei.
4. Eine Ideologie, die zu einer Politik des Alles oder Nichts, zu einer Politik der Totalität, und zur Revolution verpflichtete und sich unter den deutschen Linken bereits vor der bolschewistischen Revolution entwickelt hatte. Dies war auch ein Gegensatz zu den anderen kommunistischen Parteien in Europa.

Dank der Sowjetunion und ihrer Kommunistischen Partei (KPdSU) verstärkten sich die aggressiven und autoritären Tendenzen der KPD. Während der stalinistischen Phase der KPdSU wurden der KPD noch extremere Formen von Intoleranz und Autorität auferlegt sowie die Bereitschaft, auch zu Mitteln der physischen Einschüchterung politischer Opponenten zu greifen.

III.

Die dreißiger und vierziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts waren die Hochzeit der kommunistischen Parteien in Europa. Dies gilt jedoch nicht für die KPD, die im Dritten Reich verfolgt wurde. Damit wurde der deutsche Kommunismus aus seiner Verankerung in den Arbeitergemeinden und in der organisierten Arbeiterbewegung gerissen. Im Gegensatz zu den meisten kommunistischen Parteien, deren Unterstützung in der Bevölkerung wuchs und die in den dreißiger und vierziger Jahren eine dramatische politische Aufwärtsentwicklung nahmen, verlor die KPD an Stärke und Einfluß, bis nur noch eine Partei des Exils übrig blieb. Unter diesen aussichtslosen Umständen klammerten sich die Kommunisten an einen Fixpunkt – die kommunistischen Praktiken, die sie in der Weimarer Republik gelernt hatten, sowie stalinistische Elemente aus dem sowjetischen Exil.⁵ 1945 existierte die Partei in einer Form, die der von 1933 sehr ähnlich war:

Sie war lediglich zwölf Jahre älter, sie hatte den Stalinismus durchlebt, und ihr fehlten Tausende von Mitgliedern, die dem nationalsozialistischen und stalinistischen Terror zum Opfer gefallen waren. Auf diese Weise trug das Dritte Reich zur Stagnation der kommunistischen Politik bei. Die Luxemburg-Lenin-Kreuzung der Weimarer Jahre war jetzt zu einem Luxemburg-Lenin-Stalin-Potpourri geworden.

IV.

Wie beeinflusste die Vergangenheit der KPD, aber auch die der deutschen Gesellschaft im allgemeinen, die DDR der Nachkriegszeit? Lassen Sie mich dazu auf einige Eigenschaften hinweisen.

1. Der Weltsicht der KPD liegt eine aggressive Politik zugrunde, die die Welt aus einer bipolaren Perspektive erfaßte, und in der ein Verständnis von Klassen und Klassenkonflikt immer bedeutsam war. Dies führte zu einer radikalen Haltung, die gelegentlich in den zwanziger und dreißiger Jahren – und dann auch ab den vierziger Jahren – die Toleranz der Sowjets überstrapazierte: Ich bezeichne dies als die „Flucht nach vorne“ des sozialistischen Staates.
2. Zugrunde liegt ein zentralisierendes Modell, das in wirtschaftlichen und politischen Bereichen die Direktive des Staates suchte. Dies war ideologisch in der Befürwortung einer Diktatur des Proletariats durch die KPD verankert sowie in einer starken Neigung der Deutschen, vom Staat Lösungen zu erwarten.
3. Es gab einen Diskurs über Produktivität und Ordnung in einer staatssozialistischen Version von Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit. Dieser fand starken Anklang aufgrund der marxistisch-leninistischen Priorität für Produktion und Proletariat und auch wegen des ausgeprägten Sinnes für Ordnung und Disziplin, der seit mindestens dem 18. Jahrhundert in den Oberschichten vorhanden war.
4. Damit eng verbunden war das staatssozialistische Verständnis der Geschlechterrollen, das die Emanzipation der Frau als Resultat ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt verstand, das heißt, die Frau wurde dem Mann ähnlicher. Das Verständnis der Geschlechterrollen war jedoch gleichzeitig durchsetzt von vielen „traditionellen“ Elementen.

V.

Als sich Wilhelm Pieck 1950 auf Liebknecht und Luxemburg berief, beschwor er gleichzeitig Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer als die zeitgenössischen Kopien von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann.⁶ Die Betrachtung des Sozialismus als eines kontinuierlichen, schwer errungenen Kampfes zwischen zwei Weltsichten, die keinen Kompromiß dulden, war nicht nur Rhetorik. Sie wurde auch physisch-konkret und in Bildern vermittelt. Erneut traten dabei die

Kampfbereitschaft – sowie der Militarismus und die Männlichkeit – der Weimarer KPD zutage. Dies verlieh der DDR militärische Züge und vermittelte ein Verständnis von Politik als eines nie endenden, schweren Kampfes der Männer gegen den inneren und äußeren Feind. Politik war nicht Kompromiß, sondern Kampf.

VI.

Diese Auffassung wurde nicht nur durch die (politischen) Diskurse vermittelt. Sie dominierte auch die staatssozialistischen Grundlagen eines allmächtigen, zentralen Staates. Die Einzelheiten sind bekannt. Erwähnenswert ist jedoch, daß die Betrachtung des Zentralstaats als „Hauptinstrument in der Schaffung der Grundlage des Sozialismus“ bedeutete,⁷ daß der Staat mehr als eine bloße Überwachungsfunktion haben würde. Der Staat selbst sollte die Gesellschaft formen. Und dieses Konzept wurde nicht einfach nur aus der Sowjetunion übernommen. Es stand im Einklang mit althergebrachten Ideen der Arbeiterbewegung in Deutschland. Schon die Lassalleaner waren von den Möglichkeiten staatlicher Verbesserungspolitik überzeugt. Offensichtlich stand dieses Konzept in der Tradition der deutschen Staatspolitik seit dem 18. Jahrhundert.

Als Staatsgesellschaft machte die DDR einen Riesenschritt in die Zukunft, der in mehreren „Fluchten nach vorne“ resultierte, zum Teil zur Verärgerung der Sowjetunion. Gerade weil die Legitimität der SED-Herrschaft immer in Frage gestellt wurde, verlangte der sozialistische Staat immer größere Machtkontrolle. Lassen Sie mich hier auf drei wichtige Aspekte der staatssozialistischen „Flucht nach vorne“ eingehen: 1) Die Gründung der DDR selber, 2) die Erklärung zum Aufbau des Sozialismus im Jahre 1952 und 3) den Bau der Berliner Mauer.⁸ Wilfried Loths scharfe Formulierungen zu diesem Thema mögen unhaltbar sein.⁹ Aber die allgemeine Schlußfolgerung, daß Stalin ursprünglich ein neutrales, vereinigtes Deutschland im Sinn hatte, ist meiner Meinung nach immer noch gültig. Wenn sie Norman Naimark in seiner gründlichen Analyse der SBZ auch nicht offen unterstützt, so widerspricht er ihr auch nicht.¹⁰ Mir scheint, daß Stalin den Status quo der DDR erst im Spätsommer oder im Frühherbst des Jahres 1949, mithin sehr spät, akzeptierte. So, wie die Weimarer KPD nicht als ein bloßes Geschöpf der Sowjetunion verstanden werden darf, genauso wenig kann man die ostdeutsche Politik als etwas verstehen, das in Moskau beschlossen und in Berlin lediglich ausgeführt wurde. Im Gegenteil schuf die SED gelegentlich die Rahmenbedingungen für die Politik der Sowjetunion und beeinflusste die sowjetischen Entscheidungen. Die Sowjets befanden sich oft in einer Lage, in der sie Entscheidungen treffen mußten, die sich mit ihrer politischen Absicht nicht deckten. Dies ist nicht allzu überraschend, können doch kleine und mittelgroße politische Regime den Supermächten – besonders im 20. Jahrhundert – das Leben extrem schwer machen. Unter diesen Bedingungen können Supermächte die von ihnen bevorzugten Maßnahmen häufig nicht umsetzen.

Die SED-Führung mußte sich immer davor fürchten, daß sie den globalen Interessen der Sowjetunion geopfert werden würde, oder daß Aufruhr in der Bevölkerung ihre politischen Ziele untergraben hätte. Die oben aufgeführten drei Aspekte der staatssozialistischen „Flucht nach vorn“ hatten die Funktion, die Macht der SED national und international zu sichern, und sie sind damit offenbar ein wichtiger Bestandteil einer politischen Strategie, die Voluntarismus mit zentralen Direktiven verband: der Vorstellung, daß entschiedenes Handeln einer aufgeklärten Vorhut es vermochte, die Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen und die Opposition in ihre Schranken zu verweisen. Diese Art des Denkens überwand die objektiven Grenzen in der Politik, ob sie nun materielle Ressourcen oder die Haltung der Bevölkerung betraf. Um ihr Ziel zu verfolgen, haben sich die deutschen Kommunisten nie blind auf die sowjetischen Befehle verlassen. Die dynamische Spannung zwischen beiden Fronten begrenzte sich nicht auf die Nachkriegszeit, sondern konnte schon Mitte der zwanziger Jahre festgestellt werden. Damals setzten die Sowjets die Ablösung von Ruth Fischer durch und gaben der KPD eine realitätsgerechtere Richtung. In den dreißiger Jahren wiederum kritisierten die Sowjets die KPD scharf für deren Widerstand gegen die Volksfront.¹¹ In den späten vierziger Jahren versuchten sie die SED davon abzubringen, überstürzt den Aufbau eines sozialistischen Staats zu planen. 1952 kritisierten sie den übereilten Aufbau des Sozialismus durch die SED. 1960/61 wollten die Sowjets drastische Maßnahmen, wie zum Beispiel den Mauerbau, solange wie möglich hinausschieben. 1970/71 halfen sie bei der Ablösung Ulbrichts, dessen „neues ökonomisches System“ zu einem voluntaristischen Sprung in die Zukunft verkommen war, der die Realität völlig verkannte.¹² Viel radikaler – weil sie weniger zu verlieren hatten, als ihre sowjetischen Mentoren – haben die KPD und die SED immer versucht, ihre eigene Strategie soweit wie möglich durchzusetzen. In kritischen Phasen haben die deutschen Kommunisten der Sowjetunion immer nur einen begrenzten Spielraum gelassen. Die Sowjets waren am Anfang für eine gesamtdeutsche Lösung der deutschen Frage. Als sie bedroht wurden, stellten sie sich aber mit aller Macht hinter ihre Verbündeten. Die verbissene Kampfbereitschaft der deutschen Kommunisten war nur zum Teil von den sowjetischen Mentoren erlernt. Sie hatte sich auch aus der Erfahrung mit den sozialen und politischen Konflikten in der modernen deutschen Gesellschaft heraus entwickelt.¹³

VII.

In ihrer Staatsführung und Ausrichtung auf die wirtschaftliche Entwicklung baute die SED auf Stabilität. Damit setzte sie eine Tradition von Ordnung und Disziplin fort, die deutsche Regierungen seit dem 18. Jahrhundert gefördert hatten. In diesem Sinne konnte die DDR ihre Traditionen über das deutsche Arbeitermilieu, den Weimarer Kommunismus und auch den sowjetischen Einfluß hinaus erweitern.

Im allgemeinen propagierte die SED eine konservative soziale Haltung, deren Schlagwörter „Sauberkeit“, „Anständigkeit“ und, als geballte Einheit, „Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit“ waren. Sie standen in starkem Kontrast zu den disruptiven Elementen der proletarischen Militanz, die KPD der Weimarer Republik gekennzeichnet hatten. Tatsächlich erforderte ihre aktive Verbreitung einen kontinuierlichen und unlöslichen Kampf gegen den Proletkult, die Überhöhung der rauhen proletarischen Militanz zum Markenzeichen proletarischer Entschlossenheit. Da sich die SED auf revolutionäre Wurzeln berief, führte der Versuch, sich Bürgerlichkeit anzueignen, zu einem sehr konservativen und traditionellen Ton in der DDR-Gesellschaft.¹⁴

Bei der Propagierung extrem konservativer kultureller Normen – die insbesondere auch Frauen und die Familie betrafen – knüpfte die DDR an die deutsche nationale Vergangenheit an. Aber die konservativen Sozialnormen, die die SED propagierte, stammten natürlich nicht ausschließlich aus dem Bereich des deutschen Bürgertums. Disziplin und Ordnung waren auch ein Teil der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung. In der KPD fanden sie ihren Ausdruck in den wiederholten Aufrufen zu Parteidisziplin. Deren extreme Form war die stalinistische Kadavergehorsamkeit. Die sogenannten bürgerlichen Werte verliehen der Regierung eine stark legitimierende Funktion. Vor allem, weil sie dem SED-Staat erlaubten, Anspruch auf zwei Dinge zu erheben, nämlich sowohl auf das bürgerliche, nationale und liberale Erbe des späten 18. und des 19. Jahrhunderts als auch auf die Traditionen der Arbeiterbewegung, die ihren Ursprung in den Lassalleanern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte, die SPD des Kaiserreichs umfaßte und bis zur KPD der Weimarer Republik reichte. Verständlicherweise gab es eine Reihe von Spannungen in dieser Form der Kulturaneignung. Die proletarische Kampftradition, die mit aggressivem Straßenkampf assoziiert wurde, konnte nicht mit bürgerlichem Anstand versöhnt werden. Aber zur Stabilisierung legitimer Machtverhältnisse ist eine widerspruchslose Integration kaum das effektivste Mittel. Die SED konnte verschiedene Traditionslinien für sich beanspruchen, die sie je nach Lage einsetzte. Sie konnte dadurch erfolgreich eine sozialistische Nation gründen, die die achtziger Jahre unseres Jahrhunderts überdauerte.¹⁵

VIII.

Im Endeffekt bewirkte der Staat durch seine Sozial- und Wirtschaftspolitik und nicht zuletzt durch massive Unterdrückung einen resignierten Rückzug ins Private. Selbst wenn man – wie ich – die sogenannten „Grenzen der Diktatur“ akzeptiert, muß man im Blick behalten, daß sich die SED in ihrer Politik über die Bevölkerung hinwegsetzte.¹⁶ In den Worten Jürgen Kockas: Die Politik war Basis der Gesellschaft und nicht die Gesellschaft Basis der Politik.¹⁷ Wie ich zu zeigen versucht habe, wurden die Richtlinien für diese Politik nicht nur in Moskau und

somit unter sowjetischem Einfluß, sondern auch in Weimar und in Nazi-Deutschland geprägt.

Bemerkenswert für die Geschichte der DDR ist auch die fehlende Reformtradition, wodurch vielleicht der rapide und völlig unerwartete Zusammenbruch der DDR nach der Entziehung der sowjetischen Hilfe zu erklären ist. Ebenso wenig wie die KPD der dreißiger und vierziger Jahre keine richtige Erfahrung mit der Volksfrontpolitik hatte, so fehlte auch der SED-Führung die praktische Erfahrung im Diskurs und im Verhandeln mit der Opposition. Selbst die schlimmsten Stalinisten in Polen und in der Tschechoslowakei waren darin geübt. Als die Bevölkerung der DDR ihre eigene „Flucht nach vorne“ antrat, im wörtlichen Sinne in die Botschaften von Budapest, Warschau und Prag – und im übertragenen Sinne in die Straßen von Leipzig und Berlin, war die SED-Führung völlig unvorbereitet.

Am Ende konnten Partei und Staat, die ihre Legitimität hauptsächlich aus der Geschichte des deutschen Kommunismus bezogen, nicht mehr bestehen, da diese Geschichte selbst so sehr in Frage gestellt wurde. Aus der Geschichte der KPD kamen Sprache und Erfahrungen, die die SED-Führung dann übernahm. Das Beharren auf der Staatsmacht als Führungskraft der sozialistischen Entwicklung, die starke Abgrenzung zwischen staatlichem Sozialismus und liberalem Kapitalismus, die endlosen Reden über Kampf und Volksmobilisierung, die Überbetonung des Produktivsektors als Quelle von Fortschritt und Emanzipation – all das stammte aus dem deutschen Kommunismus in der Weimarer Republik. Am Ende der achtziger Jahre war die DDR-Bevölkerung endgültig nicht mehr bereit, mit einer politischen Sprache und in einem System zu leben, das noch in den zwanziger Jahren verwurzelt war und weit von der Realität und den Problemen des Alltags entfernt war.

Es entstand eine Oppositionsbewegung, die trotz ihrer Mängel, besonders auf dem Gebiet der Geschlechterrollen, meiner Meinung nach einen ernsthaften Versuch unternahm, einen Sozialismus mit menschlichem Gesicht zu schaffen. Und sie distanzierte sich von der Sprache und den Formen kollektiven Verhaltens, die noch aus dem 19. Jahrhundert stammten. Auf der einen Seite waren die allumfassenden Forderungen des Parteistaates. Auf der anderen Seite war die facettenreiche und entpolitisierte „Nischengesellschaft“. Dazwischen konnte eine Opposition entstehen, deren Idee von Politik die verschiedenen Diskurse einer vielschichtigen Gesellschaft in sich aufnahm. In ihrem Gesellschaftsbild gab es nicht nur Arbeiter und Bauern, sondern selbstbestimmte Bürger, die einen Einfluß auf alle Bereiche der Gesellschaft nehmen konnten. Die DDR-Bürger orientierten sich nicht nur an westlichen politischen Formen. Sie kreierte das Modell einer postmodernen Politik, in der sich die Konzepte eines konstitutionellen Staates mit den partikularistischen und dezentralisierten Anliegen der neuen sozialen Bewegungen verbanden. Die Opposition schuf weitaus mehr als nur eine „nach-

holende Revolution“, wie Jürgen Habermas das so herablassend und salopp beschrieben hat.¹⁸ Von daher ist es verständlich, daß die politische Unzufriedenheit nicht in Fabriken und Zechen öffentlich geäußert wurde, sondern auf den Plätzen, Straßen und in den Kirchen der Städte. Diese stellten den politischen Raum zur Verfügung, in dem sich Massenveranstaltungen leicht in friedliche Demonstrationen verwandeln konnten.

In diesem Sinn hat die DDR-Opposition das Ende der Moderne eingeläutet. Die Moderne, von der wir hier ausgehen, ist der Zeitraum von 1880 bis zur Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Die Entstehung von kommunistischen Massenparteien und kommunistischen Staaten ist dabei ein markanter Orientierungspunkt. Kommunistische Bewegungen und Staaten in Europa sind alle aus der großen Krise mitten in der Moderne heraus entstanden: aus den beiden Weltkriegen, aus der Wirtschaftskrise und aus dem Aufkommen des Faschismus. Mit Ausnahme von Jugoslawien konnte nirgendwo in Europa eine kommunistische Partei nach dem Zweiten Weltkrieg die Bevölkerung für sich gewinnen. Und nirgendwo in Europa entstanden kommunistische Staaten, die außerhalb des von der Roten Armee im Krieg eingenommenen Gebietes lagen.

Der Kommunismus, wie auch seine sozialistischen Vorgänger, entstand aus den Bedingungen und Erfahrungen der proletarischen Existenz. Hier verliehen die Sprache und die Politik des Klassenkampfes einen Lebenssinn. Aber der Kommunismus entstand auch durch die räumliche Trennung von Arbeit und Heim, die gleichzeitig beide Räume auch wieder aufeinander bezieht.¹⁹ Der Kommunismus entwickelte sich auch aus der Realität des totalen Krieges heraus. Die Kriege bereiteten den Boden für den Kommunismus wegen des Mangels an Gütern und wegen des verletzten Nationalstolzes. Darüber hinaus mußten in den totalen Kriegen des zwanzigsten Jahrhunderts alle verfügbaren Mittel, einschließlich der Menschen, mobilisiert werden. Zusätzlich führten die Kriege, wie dies nie zuvor geschehen war, auch zu Gegenbewegungen in Form von Massenprotesten, in denen im Ersten Weltkrieg zu Frieden und Sozialismus und im Zweiten Weltkrieg zu nationaler Freiheit und Kommunismus aufgerufen wurde. Durch den totalen Krieg wurden die proletarische, die nationale und, besonders bei den Kommunisten, die internationale Identität miteinander verbunden. Diese Identitäten waren die treibende Kraft für den Aufruf zum Massenprotest, der sich quer über den Kontinent in Demonstrationen und Streiks, wie auch in bewaffneten Aufständen und Widerstand zeigte. Das Unterdrückungspotential des Nationalsozialismus ebenso wie seine Anziehungskraft vereitelten solche Bewegungen in Deutschland. Erst als die deutsche Niederlage sich abzeichnete, konnten diese Bewegungen entstehen. Sie waren jedoch auch schon am Anfang des Ersten Weltkrieges und dann wieder in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorhanden. Diese Gegenbewegungen beförderten utopische Hoffnungen auf Sozialismus und Frieden. Der totale Krieg

verlieh den kommunistischen Bewegungen, auch der deutschen, einen brutalen Zug und den Glauben, daß politische Gewalt ein Mittel zu sozialem und politischem Fortschritt sei.

Die Voraussetzungen, die zur Gründung des deutschen und europäischen Kommunismus führten, bestehen nicht mehr. Wie schon häufig gezeigt wurde, hat sich die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten verringert und an Bedeutung verloren – sowohl hinsichtlich ihrer sozialen Grundlagen als auch ihres Charakters als selbstbewußte Klasse. Es ist augenfällig, daß es immer noch Arbeiter gibt. Aber ihre Klassenidentität, die niemals exklusiv war, steht jetzt in Konkurrenz zu ethnischen, Geschlechts- und Lebensstil-Identitäten. Die räumlichen Dimensionen des Kapitalismus, die der Grund für die Arbeiterbewegung in der klassischen Periode waren, haben in den letzten Jahren die Klassenidentität untergraben. Und die klassischen kommunistischen und sozialistischen Parteien mit ihrer tradierten nationalen Orientierung – sogar innerhalb der Grenzen des Sowjetblocks – scheinen Überreste der Vergangenheit zu sein, vor allem jetzt in einer Zeit des extrem mobilen Kapitals und der aufkommenden supra-nationalen Strukturen.

Wenn die Massenbewegungen, die die proletarischen Identitäten herausbildeten, den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts zuzuschreiben sind, dann hat ihr Ende auch das Verständnis von Klasse geschwächt. Moderne Kriege sind zwar in hohem Maße destruktiv, aber sie sind begrenzt. Sie verstärken nationale und ethnische Konflikte, wie wir in Bosnien und Tschetschenien gesehen haben. Man kann sich (gegenwärtig wohl) keinen Krieg in Europa vorstellen, der als imperialistische Eroberung verstanden werden könnte, noch einen, der das Resultat der Herrschaft des „reaktionärsten Teils des Kapitals“ wäre, auf den mithin durch das internationale Proletariat und mit einem revolutionären Bürgerkrieg zu reagieren wäre.

Deshalb gilt aus kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Perspektive gleichermaßen: Die Epoche, die die KPD und SED hervorgebracht hat, ist vorüber.

ANMERKUNGEN

*Der Vortragstext folgt der Darstellung in meinem Buch, *Creating German Communism: From Popular Protests to Socialist State, 1890–1990*, Princeton University Press 1997.

Übersetzt aus dem Englischen von Rita Bashaw, Ulla Bidian, Uta Saenger und Hanna Schissler.

- 1 Wilhelm Pieck, „Wir erfüllen das Vermächtnis unserer Toten“, in: „Neues Deutschland“, 15. Januar 1950, S. 3.
- 2 Hermann Axen, „DDR – ein Eckpfeiler“, in: „Neues Deutschland“, 12. Januar 1997, S. 3.
- 3 Zitat aus dem Programm der SED, *Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. 1, Von den Anfängen bis 1917, Hg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1989.
- 4 Siehe Eric Hobsbawm and Terence Ranger, Hg., *The Invention of Tradition* (Cambridge University Press, 1983)
- 5 Siehe auch Detlev Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr, 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980, bes. S. 256–57.

- 6 Pieck, „Wir erfüllen das Vermächtnis.“, S. 3.
- 7 „Beschluß der Zweiten Parteikonferenz der SED,“ zitiert in: Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. Göttingen 1982, S. 502.
- 8 Für die Frage des Mauerbaus, siehe insbes. Hope M. Harrison, „Ulbricht and the Concrete ‚Rose‘. New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961,“ Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Working Paper no. 5 (1993).
- 9 Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.
- 10 Norman M. Naimark, The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949 (Cambridge, Mass. Harvard University Press, 1995).
- 11 Siehe: Treffen, Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) mit KPD-Politbüro, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv (SAPMO-BA, ZPA) I/6/3/109/3–24; „Resolution über die sektiererischen Fehler der KPD,“ aufgenommen vom Politischen Sekretariat und Präsidium [EKKI]. SAPMO-BA, ZPA I/3/110/12–16; und EKKI (Sekretariat Ercoli), „Resolution zu den nächsten Aufgaben der KPD,“ 17. März 1937, SAPMO-BA, ZPA I/6/3/84/85–95.
- 12 Siehe Gerhard Naumann and Eckhard Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990.
- 13 Michael Lemke, „Die Deutschlandspolitik der DDR zwischen Moskauer Oktroi und Bonner Sogwirkung,“ und Ludolf Herbst, „Abhängigkeit oder Interdependenz“, in: Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Hg. Jürgen Kocka und Martin Sabrow, Berlin 1994, S. 181–90, sind, meiner Meinung nach, zu behutsam in ihren Analysen der Spannungen zwischen der DDR und der Sowjetunion.
- 14 Siehe insbes. die Arbeit von Anna-Sabine Ernst, „Erbe und Hypothek. (Alltags-)Kulturelle Leitbilder in der SBZ/DDR, 1945–1961,“ in: Kultur und Kulturträger in der DDR. Analysen, Aus Deutschlands Mitte, Bd. 24, Berlin 1993), S. 9–92, und „The Politics of Culture and the Culture of Daily Life in the DDR in the 1950s,“ in: Between Reform and Revolution. Studies in German Socialism and Communism from 1840 to 1990, Hg. David E. Barclay and Eric D. Weitz (Providence: Berghahn, 1998).
- 15 Siehe auch Lutz Niethammer, „Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR,“ in: Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Hg. Alf Lüdtke. Frankfurt/M/New York 1989, S. 326.
- 16 Richard Bessel und Ralph Jessen, Hg., Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.
- 17 Jürgen Kocka, „Eine durchherrschte Gesellschaft,“ in: Sozialgeschichte der DDR, Hg. Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr, Stuttgart 1994, S. 547.
- 18 Jürgen Habermas, „Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?,“ in: ebd., Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt am Main 1990, S. 179–204.
- 19 Über die Verbindungen zwischen Raum und kapitalistischer Entwicklung, siehe zum Beispiel, Eric Sheppard and Trevor J. Barnes, The Capitalist Space Economy. Geographical Analysis after Ricardo, Marx and Sfarra, London 1990.